

AntragsstellerIn: AfA Baden-Württemberg

EmpfängerIn: SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesparteitag zur Erstellung des Wahlprogramms, SPD-Bundesvorstand

Betr.: Bildung muss kostenfrei sein – auch im Beruf!

Die SPD steht wie kaum eine andere Partei für eine kostenfreie Bildung von Kindesalter bis hin zum Studium. Ein wichtiger Aspekt wird in der politischen und öffentlichen Diskussion allerdings nur bedingt wahrgenommen. Denn noch immer müssen in vielen Berufen die Auszubildenden selbst für die Kosten der Ausbildung aufkommen. Dies ist für uns ein unbefriedigender Zustand, der schon lange nicht mehr in die heutige Zeit passt. Gerade in diesen Berufen herrscht immer mehr ein Mangel an Auszubildenden (Beispiel Erzieher*innen und Pfleger*innen), die diesen Weg auf sich nehmen wollen.

Um dies zu ändern, fordern wir eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Ziel muss es sein, die Lernmittel- und Schulgeldfreiheit kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten (Ausbildungsmittel, Dienstkleidung, Literatur, Unterricht, etc.) müssen von den Ausbildungsträger*innen getragen werden. Um grundlegend flächendeckende Rechtsverhältnisse zu schaffen, fordern wir zudem eine Ausweitung des Berufsbildungsgesetzes. Derzeit wird die Ausbildung noch in zu vielen Bereichen gesetzlich aufgeteilt.

Begründung:

2005 fand die letzte Novellierung des BBiG statt. Obwohl eine Änderung im Koalitionsvertrag 2013 vereinbart wurde, ließ sich dies aufgrund der politischen Lage noch nicht umsetzen. Wir werden daher diese Thematik weiter auf die politische Agenda setzen.